

# ***STATT Partei – DIE UNABHÄNGIGEN***

## **Reform der „Vereinten Nationen“**

Viele weltpolitische Probleme wird es im 21. Jahrhundert zu bewältigen geben, seien es Bürgerkriege, zwischenstaatliche Konflikte, Umweltkatastrophen oder Hungersnöte etc.. Wir wollen die Vereinten Nationen zu einer modernen, handlungsfähigen Weltorganisation ausbauen.

Einen deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat streben wir nicht an. Dieser bringt neben dem Prestige, auch eine größere Verantwortung Deutschlands, sich bei internationalen Konflikten militärisch zu engagieren, mit sich. Dazu ist Deutschland bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage kaum im Stande. Die Belastungsgrenzen der Bundeswehr, sich im Ausland zu engagieren, sind schon jetzt erreicht.

Das Vetorecht der ständigen Mitglieder im Weltsicherheitsrat (USA, Russland, VR China, Großbritannien und Frankreich) ist abzuschaffen. Zum einen kann man im 21. Jahrhundert nicht mehr eine globale Sicherheitspolitik auf der Grundlage einer „Übereinstimmung von Großmächten“ betreiben, was im 19. Jahrhundert sehr wohl noch möglich war. Zu den Atommächten müssten nun auch Indien, Pakistan und möglicherweise Nordkorea gezählt werden und ebenfalls einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat bekommen. Zum anderen benutzen die ständigen Sicherheitsratsmitglieder ihr Vetorecht sehr oft, um unangenehme Beschlüsse der UN zu verhindern, beispielsweise, wenn sie ihre wirtschaftlichen oder strategischen Interessen verletzt sehen.

Im Sicherheitsrat müssen alle Regionen der Erde jeweils angemessen vertreten sein.

Die Mechanismen der Konflikterkennung und zivilen, gewaltfreien Konfliktverhütung sind auszubauen.

Dem Hochkommissar für Menschenrechte ist eine unabhängige Untersuchungsbehörde zur Seite zu stellen. Diese Behörde nimmt Eingaben und Beschwerden von Einzelpersonen, Organisationen und Institutionen entgegen. Zwecks Konfliktprävention sollte sie verstärkt mit den nationalen Polizeibehörden und Nachrichtendiensten der Mitgliedsstaaten kooperieren. Der Hochkommissar soll die Befugnis bekommen, bei Verdacht auf schwerwiegende und systematische Menschenrechtsverletzungen, Maßnahmen zur Tatsachenermittlung einzuleiten und UN-Ermittler in die Krisengebiete zu entsenden.

STATT Partei unterstützt den Aufbau und die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofes. Eine Aushöhlung seiner Arbeit und Zuständigkeit durch bilaterale Abkommen, wie sie die USA mit anderen Staaten schließen, um die Auslieferung mutmaßlicher us-amerikanischer Kriegsverbrecher zu verhindern, lehnen wir ab.

Damit die UNO im Krisenfall schnell und flexibel reagieren kann, befürworten wir die Bildung einer ständigen, militärischen Eingreiftruppe von ca. 90.000 Mann. Diese Truppe steht unter dem Kommando der Vereinten Nationen und kann bei Bedarf durch Kontingente von nationalen Streitkräften der Mitgliedsstaaten ergänzt werden.

Die Truppe unterhält Stützpunkte auf allen Kontinenten und ist mit moderner satellitengestützter Aufklärungstechnik und unbemannten fliegenden Aufklärungsdrohnen auszurüsten. Des Weiteren muss die Truppe – damit sie ihrem Auftrag gerecht wird – mit eigenen Transportflugzeugen und –schiffen, elektronischen Aufklärungsflugzeugen sowie Rettungs- und Transporthubschraubern ausgestattet werden.

Die UN-Armee ist eine Berufstruppe, deren Soldaten in den nationalen Armeen der Mitgliedsstaaten angeworben werden.

Der Einsatz der Truppe bedarf der Zustimmung des Weltsicherheitsrates und der Zweidrittelmehrheit der UN-Vollversammlung.

Damit die UN-Mitgliedsstaaten bereit sind, mehr Verantwortung zu übernehmen, müssen sie auch mehr Mitspracherechte erhalten. Das heißt, dass die UN-Vollversammlung mehr Macht gegenüber dem Sicherheitsrat erhalten muss. Der Sicherheitsrat wiederum ist der Vollversammlung gegenüber rechenschaftspflichtig.

Resolutionen, die von der Generalversammlung mit Zweidrittelmehrheit getroffen werden, dürfen vom Weltsicherheitsrat nicht als bloße „Empfehlungen“ behandelt werden, sondern sind von diesem verbindlich umzusetzen.

Auch Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank müssen den höchsten UN-Gremien in Zukunft Rechenschaft über die Auswirkungen ihrer Projekte auf die politischen und sozialen Rechte der Menschen in den betroffenen Ländern ablegen.

Bei allen Abstimmungen in der UNO gilt das Prinzip: Ein Staat – eine Stimme.

Völker, die keinen eignen Staat besitzen und in anderen Ländern als Minderheiten leben, müssen mehr Mitspracherechte haben. Auf diese Weise können die UN auf mögliche ethnische Konflikte in diversen Staaten schon im Vorfeld aufmerksam gemacht werden. Deshalb unterstützt STATT Partei die Einrichtung eines „Permanenten Forums“ für Völker und Volksgruppen ohne eigenen Staat.

